

Beobachter 20/06

Bernische Kraftwerke Massive Spannungen

Text: Thomas Buomberger

Bild: Annette Boutellier

Eine Hochspannungsleitung zwischen Mühleberg und Wattenwil sorgt seit Jahren für Auseinandersetzungen zwischen Anwohnern und dem Stromproduzenten. Ein Happy End ist nicht in Sicht.

Es brodelt im Berner Gürbetal, die Bewohner fühlen sich bedroht. «Uns geht es in erster Linie um den Schutz der Menschen, aber auch um den Schutz der Landschaft», sagt Fritz Ohnewein. Der Tierarzt ist Vertreter von rund 400 Betroffenen, die Einsprache gegen den Umbau und teilweisen Neubau einer Hochspannungsleitung der Bernischen Kraftwerke (BKW) eingelegt haben. Ähnlich argumentiert Hans-Ulrich Jakob, der als Experte die Gegner der oberirdischen Leitung berät: «Mit der neuen Leitung würden sich die magnetischen Felder etwa verfünffachen.»

Obwohl die Grenzwerte für elektromagnetische Strahlen in der Schweiz im Vergleich zum Ausland tief seien, genügten diese nicht, kritisiert Ohnewein. Internationale Studien hätten gezeigt, dass bereits bei einem Drittel der heutigen Grenzwerte das Risiko für Leukämieerkrankungen steigt - insbesondere bei Kindern. Dass sich die Strahlung erhöht, gibt auch BKW-Sprecher Antonio Sommariva zu, er schränkt aber ein: «Die Leitung wird durchschnittlich nur zur Hälfte ausgelastet sein. Wir legen das Trasse zudem so, dass die gesetzlichen Verordnungen und Bestimmungen eingehalten werden.» Mit höheren Masten sollen ausserdem schädliche Auswirkungen vermieden werden.

Diskussionen um Pläne und Kosten

Doch gerade dieser Punkt sorgt für Unmut. Im Gebiet des landschaftlich sensiblen Thurnenholzes sind über 80 Meter hohe Masten geplant, die die Bäume um bis zu 20 Meter überragen. Peinlich für die BKW: Bei einer ersten Auflage des Projekts waren die Masten nur halb so hoch eingezeichnet, worauf die Pläne neu aufgelegt werden mussten. «Ich unterstelle den BKW keine böse Absicht, aber eine solche Abweichung hinterlässt den Eindruck von Intransparenz», sagt der Könizer Gemeindepräsident und Projektgegner Luc Mentha. «Uns ist ganz einfach ein Missgeschick passiert», erklärt Antonio Sommariva.

Gegen die neue, 32 Kilometer lange Hochspannungsleitung wehren sich auch verschiedene Gemeinden und die Stiftung Landschaftsschutz Schweiz (SL). «Uns geht es vor allem um die Matten beim Schloss Rümligen», sagt SL-Vertreter Raimund Rodewald. «Um der empfindlichen Landschaft, die von nationaler Bedeutung ist, Rechnung zu tragen, müsste man die Leitung auf 3,3 Kilometern in den Boden legen», schlägt er vor. Andere Gegner wie Fritz Ohnewein oder Luc Mentha gehen weiter: Sie fordern, dass die Leitung auf der ganzen Strecke im Boden versenkt wird.

Doch gegen beide Vorhaben wehren sich die BKW vehement - vor allem aus finanziellen Gründen: Eine versenkte Leitung käme rund zehnmal teurer zu stehen als eine Überlandleitung. Ohnewein widerspricht: Rechne man die Gesamtkosten, so käme man gemäss einer Studie aus Deutschland nur auf einen fünfmal höheren Preis, konkret: auf rund 200 Millionen Franken. Für den Projektgegner sind die Kostenberechnungen der BKW zu wenig fundiert: «Die haben genau dort rechnen lassen, wo es geografisch am ungünstigsten ist. Es braucht eine unabhängige Machbarkeitsstudie für eine Leitung unter der Erde.»

Neben den Kosten führen die BKW an, dass unterirdische Leitungsrohre mit dem Isoliergas Schwefelhexafluorid gefüllt sind - dem stärksten bekannten Treibhausgas. «Das stimmt», sagt Hans-Ulrich Jakob, «nur ist dieses Gas fünfmal schwerer als Luft und kann deshalb gar nicht in die obere Atmosphäre gelangen.» BKW-Vertreter Sommariva dagegen meint: «Nach unseren Informationen geht das Gas in die Atmosphäre und bleibt dort.» Fest steht: Bei der Isolation einer Schaltanlage hatten die BKW keine Hemmungen, dieses Gas zu verwenden.

Braucht es die neue Hochspannungsleitung überhaupt? Ja, sagen die BKW-Verantwortlichen, die Stromversorgung für die Neat und längerfristig für die Region Bern müsse sichergestellt werden. Gemeindepräsident Mentha hegt Zweifel: «Unserer Ansicht nach haben die BKW den Bedarf nicht genügend ausgewiesen.» Die Kritiker vermuten noch einen weiteren Grund für das Projekt: Die Schweiz ist eine Drehscheibe im internationalen Stromverbund. Das Geschäft ist für die Produzenten lukrativ - vor allem der Handel mit teurem Strom aus den Pumpspeicherwerken in den Alpen. Diese produzieren zu jenen Zeiten Strom, in denen er am meisten gefragt und am teuersten ist. «Mit dem neuen Teilstück schliessen wir eine Lücke im schweizerischen und mithin auch im europäischen Stromnetz und können so die Transportkapazität erhöhen», sagt Antonio Sommariva.

Den BKW gehe es vor allem um den Stromverkauf ins Ausland, vermutet Jürg Buri von der Schweizerischen Energiestiftung: «Sie produzieren knapp die Hälfte des verkauften Stroms selber. Noch gut ein Drittel geht heute in den schweizerischen Vertrieb. Sie

nehmen die Sicht eines internationalen Stromhändlers ein.»

Die Emotionen gehen hoch

Sicher ist: Mit ihrem kategorischen Nein zu einer Tieferlegung der Hochspannungsleitung machen sich die Berner Stromproduzenten zur Speerspitze der ganzen Industrie. Würde hier ein Präzedenzfall geschaffen, käme wohl bei allen neuen Hochspannungsleitungen die Forderung nach einer Tieferlegung.

Und sicher ist weiter: Die Fronten sind verhärtet - die Emotionen gehen hoch, beide Seiten sind mit ihren Mitteln nicht immer wählerisch. So insistierte ein betroffener Landwirt, den BKW-Direktionspräsidenten zu sprechen. Dieser fasste das als Drohung auf, die Kraftwerkführung informierte das Statthalteramt, das umgehend zwei Polizisten beim Bauern vorbeischickte. Die Beamten wollten wissen, ob der Landwirt eine Waffe habe, worauf er ihnen zwei alte Flobert-Gewehre aushändigte. Antonio Somnavilla: «Wir haben aber auf eine Strafanzeige verzichtet, weil wir nicht noch mehr Öl ins Feuer giessen wollten.»

Die Verantwortlichen der BKW sagen heute, sie seien dialogbereit. Mitte September trafen sie sich zum ersten Mal mit den Gegnern um Fritz Ohnewein. «Das Gesprächsklima war erfreulich gut, aber bei den Positionen ist man sich nicht näher gekommen», fasst dieser zusammen. Am Schluss wird wohl - davon gehen beide Seiten aus - das Bundesgericht entscheiden.

© 2006 Der Schweizerische Beobachter - Alle Rechte vorbehalten